

An die Geschäftsführerinnen und
Geschäftsführer
der Krankenhäuser

DER PRÄSIDENT

Telefon +49 30 39801-1001

Fax +49 30 39801-3011

E-Mail g.gass@dkgev.de

Datum 13. März 2020

Einschränkung der Regelversorgung infolge der COVID-19 Infektionen

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die gestrige Gipfelrunde im Kanzleramt hat weitreichende Beschlüsse gefasst, die gerade auch die deutschen Krankenhäuser betreffen. Im Mittelpunkt steht für uns dabei die Erwartung der Politik an die Kliniken, ab der kommenden Woche, soweit wie medizinisch vertretbar, Patientenbehandlungen in den Kliniken zurückzufahren, um notwendige Kapazitäten für die Versorgung von schwer betroffenen Patienten mit COVID-19 Infektion und alle weiteren akut behandlungsbedürftigen Patientinnen und Patienten verfügbar zu machen.

Diese Entscheidung der Bundesregierung und der Ministerpräsident/innen ist offensichtlich aufgrund der Empfehlungen der Experten, insbesondere infolge der Versorgungslage in unserem Nachbarland Italien, getroffen worden. Dass diese seit einiger Zeit in der Diskussion stehende Entscheidung nun so kurzfristig und umfassend erfolgt, war auch für uns am gestrigen Tag noch nicht absehbar. Im Vorfeld der gestrigen Entscheidungen hat es einen kontinuierlichen Austausch zwischen der Deutschen Krankenhausgesellschaft und dem Bundesgesundheitsministerium gegeben, um, so weit wie dies möglich ist, Fragestellungen im Zusammenhang mit einer solchen Maßnahme zu klären.

Wir sind fest davon überzeugt, dass Sie und alle Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den kommenden Wochen und Monaten alles in Ihren Möglichkeiten stehende tun werden, um die Gesundheitsversorgung der Menschen in Ihren Regionen aufrecht zu erhalten und die medizinische und pflegerische Versorgung, insbesondere der schwer kranken Patientinnen und Patienten, zu sichern.

Die Einschränkung der Regelversorgung hat weitreichende Konsequenzen für die Krankenhäuser und natürlich vor allem für die Patientinnen und Patienten. Die meisten der daraus resultierenden konkreten Maßnahmen werden Sie als Klinikverantwortliche intern zu treffen haben. Wir erwarten dabei auch die Unterstützung Ihrer Landesgesundheitsministerien und der regionalen Gesundheitsbehörden.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft wird in der jetzigen Lage alles unternehmen, um Sie bei Ihrer schwierigen Aufgabe und den damit verbundenen konkreten Maßnahmen und Entscheidungen zu unterstützen. Dazu gehört selbstverständlich in erster Linie die Sicherstellung der Liquidität und Refinanzierung aller in den Krankenhäusern entstehenden Kosten, um die wirtschaftliche Existenz und Stabilität der Kliniken abzusichern. Die Tatsache, dass die Bundeskanzlerin in ihrer gestrigen Pressekonferenz von einem jetzt „*notwendigen Schutzschirm*“ für die deutschen Krankenhäuser gesprochen hat und auch die Beschlusslage des Treffens mit den Ministerpräsidenten, dass die „*entstehenden wirtschaftlichen Folgen für die Krankenhäuser ausgeglichen werden und kein Krankenhaus ins Defizit kommt*“ werden wir selbstverständlich im Dialog mit den politisch Verantwortlichen in den kommenden Tagen konkretisieren. Erste Gespräche mit dem GKVS und der Fachebene des BMG sind bereits geführt worden.

Unsere Leitlinien dabei sind

- Wir werden darauf drängen, dass diese finanziellen Hilfen unbürokratisch und schnell die Liquidität der Krankenhäuser sichern.
- Wir werden darauf bestehen, dass es infolge dieser außergewöhnlichen Lage nicht zu einem Klein-Klein zwischen einzelnen Krankenkassen und Krankenhäusern kommt, im Hinblick auf die Frage, welche Kosten nun in welcher Form erstattet werden.
- Wir werden deutlich machen, dass die beschlossene Einschränkung der Regelversorgung für alle Krankenhäuser massive Konsequenzen mit sich bringt, auch für die Kliniken, die keine Intensivbehandlungskapazitäten oder Beatmungsplätze bereithalten können. Auch deren personelle und materielle Unterstützung wird in den kommenden Wochen und Monaten zur Sicherstellung der gesamten Versorgung gebraucht.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft wird in den jetzt laufenden Gesprächen auch weitere, für die Krankenhäuser wichtige Themen, ansprechen und darauf drängen, dass die Politik Maßnahmen ergreift, um die Arbeitsfähigkeit der Krankenhäuser sicherzustellen. Dazu zählt selbstverständlich die zentrale Beschaffung und Verteilung erforderlicher Schutzausstattungen und Medizinprodukte, die für das einzelne Krankenhaus seit Wochen auf den üblichen Wegen nicht mehr erhältlich sind.

Auch die Sicherstellung der Kinderbetreuung unseres medizinischen und pflegerischen Personals, im Falle der Schließung von Schulen und Kindertagesstätten, ist eine Aufgabe der örtlichen Behörden, die wir gegenüber der Politik einfordern werden.

Ich bitte Sie sehr herzlich um Ihr Verständnis, dass es auch uns unmöglich ist, alle jetzt bevorstehenden Entwicklungen vorausschauend zu planen und mit der Politik und den Krankenkassen die dafür notwendigen Ausnahmeregelungen bereits heute zu treffen. Wir sichern Ihnen aber zu, dass die Deutsche Krankenhausgesellschaft im ständigen Kontakt mit dem Bundesgesundheitsministerium und dem Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen die Interessen der Krankenhäuser vertreten wird und bei allen sich nun stellenden Fragen auf unbürokratische und schnelle Lösungen drängt.

Wir vertrauen dabei auch darauf, dass das Wort der Bundeskanzlerin, des Bundesgesundheitsministers und aller Ministerpräsidenten gilt, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um die Krankenhäuser bei ihrer schwierigen Aufgabe zu unterstützen.

Mit freundlichem Gruß



Dr. Gerald Gaß



Georg Baum